

# Schüler erleben Politik

Kommunale Finanzen nach dem Urteil des Verfassungsgerichts waren Thema im Kreistag



**Vielsagende Blicke: Kommunaler Finanzausgleich ist ein ein Buch mit sieben Siegeln – erst recht für Schüler.**

FOTO: MARTIN GAUSMANN

**Von Günther Schmitt**

**KREIS AHRWEILER.** Beim Thema Kommunaler Finanzausgleich gibt's in der Regel nie fröhliche Mienen. Warum sollte es da bei Schülern anders sein? Was die Neuntklässler des Peter-Joerres-Gymnasiums aus der gestrigen Kreistagssitzung mit nach Hause nahmen, hat vor einem Jahr das Mitglied der Enquete-Kommission, Professor Gisela Färber, wie folgt zusammengefasst: „Kommunaler Finanzausgleich ist, wenn man einem Dackel auf den

Schwanz tritt, fällt ihm das rechte Ohr ab.“

Auf Antrag der CDU-Fraktion referierte Ernst Beucher, Finanzexperte des Landkreistages, über die Reform kommunaler Finanzen respektive die Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz von vor einem Jahr. Die obersten Richter hatten festgestellt, dass ob der hohen und weiter steigenden Soziallasten die Kommunen spürbar zu entlasten seien.

Seit Donnersta tagt dazu der Landtag. 50 Millionen zusätzlicher Landesmittel jährlich stehen da im

Raum. Dem stehe eine Lücke von 900 Millionen Euro bei den Kommunen gegenüber, erklärte Beucher. Und: Allein die ungedeckten kommunalen Lasten der Sozial- und Jugendhilfe betragen rund zwei Milliarden Euro. Damit sähen die kommunalen Spitzenverbände die Zielvorgabe des Verfassungsgerichtshofes als nicht erfüllt an. Die nächste Klage sei quasi programmiert.

Programm für die PJG-Schüler war gestern Kommunalpolitik inklusive Verwaltung. Vormittags nahmen sie die Büros im Kreishaus unter die Lupe. und ver-

buchten kurz vor dem Kreistag einen Erfolg. Die CDU-Fraktion will sich das Peter-Joerres-Gymnasium ansehen. „Dann können die baulichen Mängel nicht mehr abgestritten werden“, so ein Schüler zum GA.

Er und seine 15-jährigen Klassenkameraden wurden aber auch Zeuge, dass es gar nicht so einfach ist, einen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Das war die geplante Beratung zur A1. Jetzt soll im nächsten Kreisstag eine Spitze des Infrastrukturministeriums erläutern, wie es denn mit dem Weiterbau weitergeht.